

// NR. 3-2015 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

- 4 Seniorinnen und Senioren in der Flüchtlingshilfe
- 7 „World at War“
- 8 Berufsverbote gegen Lehrer und kritische Geister an Hochschulen
- 10 Aufarbeitung der Berufsverbote
- 11 Besuch der GEW Senior/innen der Region Ostwürttemberg am „Oberen Kuhberg“ – dem ehemaligen Konzentrationslager im Fort der „Bundesfestung Ulm“
- 12 Personalisierte Medizin
- 13 Resilienz – Modewort oder Kernbegriff seelischer Widerstandsfähigkeit in jeglichen Altersgruppen?
- 14 Der Fachbereich Seniorenpolitik sucht Mitstreiter/innen!
- 14 AR-Redaktion in eigener Sache
- 15 Einladung zum Seminar in Kochel am See an alle interessierten Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand
- 15 Steuererklärung

Impressum

Aktiver Ruhestand: Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg

Redaktion: Barbara Haas und Beatrix Boestel

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. 07231 35 90 55, E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV)

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12–14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. Melden können sich gerne auch Kolleginnen und Kollegen, die in der Redaktion mitarbeiten wollen. AR

Titelfoto: Bert Butzke

September 2015

Auf ein Wort

// Flucht und Asyl //



Barbara Haas

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Hilfe für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und totalitären Systemen, Rehabilitation für von Berufsverboten und dem Radikalenerlass Betroffene sowie das Erinnern an Unrecht in Konzentrationslagern prägen unsere aktuelle Ausgabe des Aktiven Ruhestands 3/2015.

Es geht mir nun darum, diese drei zeitlich über 75 Jahre verteilten Ereignisse in einen Zusammenhang zu bringen, der uns in die Lage versetzt, die Erinnerung an das Unrecht, das Menschen in aller Welt geschieht, den nachfolgenden Generationen weiterzugeben, Dinge, die nicht mehr geschehen dürfen, wach zu halten und das Bewusstsein der jungen Menschen zu schärfen, Diskriminierungen und Gewalt aller Art nicht zuzulassen.

Fangen wir bei der Zeit des Nationalsozialismus an: Die Älteren unter uns haben noch eigene Erinnerungen an diese schreckliche Zeit, sie waren meist noch Kinder! Es liegt an uns allen, das real Erlebte an die jüngeren Generationen weiterzugeben. Gerade heute müssen wir Möglichkeiten schaffen, gegen Gewalt mit Zeitzeugen in Schulen und Vereinen etc. ein Bild dieser Zeit weiterzugeben. Es geht für die jungen Menschen nicht nur darum, Konzentrationslager zu besuchen (wie ein Museum), sondern vor allem von anderen Menschen zu erfahren, wie das damals war. Wir drucken auch gerne im AR Berichte oder Schilderungen ab.

Der Radikalenerlass verdeutlicht eine Zeit, in der die Generation derer, die nach dem Krieg Deutschland aufgebaut haben, zusammenprallte mit einer Generation von jungen Menschen, die aufbegehrten gegen die Traditionen der Elterngeneration. Die Angst vor „den Linken“ mündete in eine Abgrenzung gegen alle, die anders dachten und sich dafür engagierten. Und Beamtinnen und Beamte sollten sie auf jeden Fall nicht sein! Dass der Staat und seine Gerichtsbarkeit so lange brauchten, um den Erlass aufzuheben und noch länger, um die Betroffenen zu rehabilitieren, sollte uns zu denken geben - auch angesichts der digitalen Bespitzelung, die wir heute alle mehr oder minder machtlos akzeptieren.

In der Flüchtlingshilfe tut sich Deutschland nach wie vor schwer. Auch diese Menschen haben in der Regel schwere Traumata durch Krieg und Gewalt erlitten und suchen nun in einem neuen Land Fuß zu fassen. In der Erinnerung daran, dass auf der Flucht vor den Nazis viele Deutsche in anderen Ländern Asyl gefunden haben, sollten gerade die Deutschen alles tun, um zu helfen. Viele Ehrenamtliche, darunter ein großer Anteil von ehemaligen Lehrerinnen und Lehrern engagieren sich, ohne eine Entschädigung, mit großem Einsatz! Dahinter steht ein politisches Bewusstsein, das uns als Gewerkschafter/innen eint, und ein großes Bedürfnis die, die sich in einem fremden Land nicht zu helfen wissen, zu unterstützen.

Barbara Haas

Seniorinnen und Senioren in der Flüchtlingshilfe

// Es vergeht kein Tag, an dem in Presse und Fernsehen nicht über Geflüchtete, ihre Schicksale und die steinigen Wege zu ihrer Integration berichtet wird. Zum Ende des Jahres 2014 waren in Deutschland 180.000 Asylbewerber, 113.000 Geduldete und 340.000 anerkannte Flüchtlinge gemeldet. In Baden-Württemberg wurden im vergangenen Jahr über 26.000 Asylanträge gestellt, für 2015 wird inzwischen mit einer Verdoppelung der Zahl der Geflüchteten gerechnet. Es kommen Menschen zu uns, die Zuflucht suchen vor Bürgerkrieg, Perspektivlosigkeit, Hunger und Verfolgung, und die Schlimmes erlebt haben. Untergebracht werden sie zunächst in Erstaufnahmestellen, spätestens nach drei Monaten werden sie auf die Kreise und Kommunen verteilt; falls es sich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge handelt, werden sie von den Jugendämtern in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht. In sehr vielen Kommunen und Kreisen Baden-Württembergs bestehen inzwischen größere oder kleinere Unterkünfte und überall kümmern sich Ehrenamtliche darum, die Angekommenen zu unterstützen. Vier pensionierte Mitglieder der GEW berichten über ihre Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen //

Ich betreue eine kurdische Familie aus dem Nordirak. Sie haben drei Kinder, das jüngste ist in Deutschland geboren. Das mittlere Kind besucht mit großer Begeisterung eine Kita und bekommt dort auch Sprachförderung. Die Älteste besucht die Ganztagesgrundschule, sie geht sehr gerne zur Schule und fühlt sich dort wohl. Ich unterstütze sie bei den Hausaufgaben, wenn sie nicht verstanden hat, was zu tun ist. Die Erzieherinnen und die Grundschullehrerin leisten hervorragende Arbeit, das bewundere ich. Ich habe regelmäßigen Kontakt mit ihnen und kann vermitteln, wenn Probleme auftauchen. Das deutsche Schulsystem ist den Eltern sehr fremd, da gibt es so viel, was uns selbstverständlich ist, z.B. die Aufgaben eines Elternbeirates oder ein wechselnder Stundenplan in geraden und ungeraden Wochen. Die Kinder sprechen inzwischen gut Deutsch. Daran sieht man deutlich, wie positiv es ist, dass sie eine Ganztageseinrichtung besuchen und dort mit und von gleichaltrigen deutschen Kindern lernen und spielen. Und die Kinder lernen über die Kita und die Schule das Leben in unserer Gesellschaft kennen.

Die Familie lebt seit zwei Jahren in Deutschland, über den Asylantrag ist aber immer noch nicht entschieden. Ich beobachte, dass der Vater, der erfolgreich im Irak gearbeitet hat, aber keine Zeugnisse besitzt und der anfangs sehr selbstbewusst an die Arbeitssuche herangegangen war, durch die ergebnislose Suche nach einem Arbeitsplatz immer mutloser wird. Kürzlich hatte er endlich einen Arbeitgeber gefunden und sollte stundenweise Probearbeiten, aber selbst dafür muss erst beim Ausländeramt eine Arbeitserlaubnis eingeholt werden und danach prüft die Bundesagentur für Arbeit noch den Arbeitsvertrag. Diese Prüfung

findet zentral in Essen statt. Das dauert. Die beiden Ämter haben die Vermittlung in Arbeit nicht zu ihrer gemeinsamen Aufgabe gemacht, sondern grenzen sich gegenseitig voneinander ab. So erlebe ich das. Die Gesetzlage ist komplex, die Sachbearbeiter haben Sorge, etwas falsch zu machen und geben dann eher eine ausweichende Antwort.

Dabei wäre es im Interesse sowohl der Flüchtlinge und als auch der Gesellschaft, den Familien über eine Arbeit die Integration zu ebnen und sie dauerhaft auf eigene Beine zu stellen. Für nichtakademische Flüchtlinge sollte der Zugang zu Arbeit erleichtert werden, indem man einfache Wege bahnt und gezielt auf vermittelbare Berufe hin ausbildet. Auch beim Deutschlernen braucht es neue Wege, denn das ist Voraussetzung für eine Berufsausbildung oder -ausübung und vor allem kompetente Lehrkräfte, die auch berufsbezogene Sprache vermitteln können. Vieles wird halbherzig angepackt, es werden zu viele Kompromisse bei den Gesetzen gemacht, die dadurch so kompliziert sind. Ich wünsche mir eine auf Langfristigkeit angelegte Integrationspolitik, das fehlt in Deutschland. Durch die Erfahrung in der Betreuung der Familie bekomme ich eine neue Sicht auf unserer Gesellschaft und mache Erfahrungen mit den Auswirkungen der Asylpolitik. Obwohl ich manchmal sehr gefordert bin, bin ich gerne Patin der Familie. Durch meine Arbeit helfe ich den Kindern, ihre Bildungschancen zu verbessern und erfolgreich die Schule zu besuchen. Den Eltern kann ich helfen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und heimisch zu werden. Mit mir hat die Familie eine Person, die sie alles fragen kann. Das wünsche ich jedem, der als Flüchtling zu uns kommt.

Waltraud Figge

Seit Februar 2015 leben über 220 Asylbewerber in der neu eröffneten Gemeinschaftsunterkunft am Stadtrand von Wiesloch. Über hundert Ehrenamtliche haben sich schon Wochen vorher auf die Aufgabe vorbereitet, die Geflüchteten zu empfangen und in Deutschland ankommen zu lassen. So entstand ein vielfältiges Angebot: mehrmals pro Woche ein offenes Spielzimmer für Kleinkinder, Schulbegleiter, Deutschkurse für Erwachsene, Kontaktstunden und ein Begegnungscafé in der Stadt, Sportangebote, Stadtpaziergänge, Verlosung von gespendeten Fahrrädern und Reparaturkurse für Räder.

Als erstes haben wir gelernt, dass es nicht reicht, Angebote zu machen, man muss die Leute im wörtlichen Sinne aus den Zimmern holen, speziell die Frauen tauchen von alleine gar nicht auf. Ein echter Selbstläufer ist dagegen das Fußballspielen, mit großer Begeisterung spielen afrikanische und europäische Flüchtlinge einmal in der Woche Fußball, ein Freundschaftsspiel mit einer hiesigen AH- Mannschaft hat es auch schon gegeben. Bei einem Kennenlernfest wurden zwischen Bewohnern und Ehrenamtlichen Kontakte geknüpft und Barrieren abgebaut.

Da die über zweihundert Bewohner innerhalb kurzer Zeit eingezogen sind, lief nicht alles glatt. Die ersten Familien kamen in den Faschingsferien an, aber noch vier Wochen später waren die Kinder von den Sozialarbeitern nicht in der Schule angemeldet worden, obwohl die Schulen bereits Vorbereitungsklassen eingerichtet hatten und auf die Kinder warteten. Begründung: Schulbesuchspflicht bestehe ja erst nach sechs Monaten. Als die ersten Eltern von sich aus aktiv wurden, in die Schulen gingen und ihre Kinder anmeldeten, ging es plötzlich sehr schnell und den Eltern wurde mitgeteilt, in welche Schule ihre Kinder gehen sollten. Hier zeigt sich, wie dringend notwendig es ist, in Baden-Württemberg das Schulgesetz so zu ändern, dass für die Kinder von Asylbewerbern nicht erst nach

sechs Monaten Schulpflicht besteht, sondern von Anfang an, spätestens aber nach drei Monaten. Fairerweise möchte ich anmerken, dass die Sozialarbeiter die Anmeldung nicht böswillig verschleppt haben. Sie wissen manchmal nicht, wo ihnen der Kopf steht angesichts der vielen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Nach weiteren vier Wochen erfuhren wir, dass einige Kinder ohne Schulmaterial im Unterricht saßen. Die Eltern hatten die von der Schule mitgegebenen Einkaufslisten nicht verstanden. So haben wir in den Osterferien Hefte, Lineale, Geodreiecke und Stifte gekauft und für jedes Kind ein Paar Turnschuhe für die Halle und ein Paar für den Sportplatz. Nach dem Einkauf zogen sie glücklich - unter jedem Arm ein Schuhkarton - zurück zu den Eltern. Auch der Zuschuss zum Mittagessen für die Kinder an Ganztageschulen ist inzwischen geregelt, denn seit März 2015 haben auch die Kinder der Geflüchteten Anspruch auf die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Inzwischen sind die ersten Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt. So bereiten wir uns im Netzwerk auf die nächste Etappe vor: Paten finden, in Ausbildung und Beruf vermitteln, bei der Wohnungssuche mit-helfen u.v.m. Das ist spannend und ich lerne dabei viel dazu. Schwierige Stunden gibt es aber auch: Die Asylbewerber berichten über ihre Sorgen, wenn ein Dublin III- Verfahren gegen sie läuft und sie befürchten müssen, in ein anderes europäisches Land abgeschoben zu werden, sie erzählen über ihre Schwierigkeiten, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen und wie sie dabei von Pontius zu Pilatus geschickt werden, oder über ihre Sprachprobleme, wenn sie Formulare ausfüllen sollen, die sie kaum verstehen. Jede Hilfe, jedes freundliche Wort, jedes Zeitgeschenk löst ein Lächeln aus - das ist meine Motivation im Netzwerk mitzuhelfen. Alle haben viel durchgemacht, ich will mithelfen, dass sie sich in meiner Stadt angenommen fühlen können.

Monika Gessat

Ich arbeite ehrenamtlich in einer Außenstelle der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe, der früheren Macenson- Kaserne. Als ich dort im Februar 2015 anfang, war, wie bei der Erschaffung der Welt, zuerst alles wüst und leer. Die nahegelegene Eichendorffschule schenkte uns aus ihrem Fundus zwanzig alte Schultische und sechzig Stühle. Meine Familie brachte die Möbel in die Kaserne und bestuhlte das geputzte Zimmer. Zu dritt entwarfen wir den Stoffplan, kauften von gespendetem Geld des benachbarten Otto-Hahn-Gymnasiums Kulis, Klarsichtmappen, Papier und Kopiereinheiten. Und dann war es so weit, der Deutschkurs konnte beginnen.

Der Ansturm war überwältigend, die sechzig Stühle waren zu wenig, die Kopien schnell vergriffen. Die „Schülerinnen und Schüler“, zwischen acht und sechzig Jahren alt, manche mit Vorkenntnissen, andere hatten noch nie eine Schule besucht. Zu Beginn unterrichtete ich an drei Tagen vormittags eineinhalb Stunden. Wortinhalte wie Spontaneität, Kreativität und Flexibilität erfuhren eine neue Qualität, aber auch Entertainment, Fröhlichkeit und Lachen. So wie es ein „runners high“ gibt, können wir Lehrer das „teachers high“ verzeichnen: Ich genieße das in der Schulzeit selten genossene Gefühl eine lernwillige und dankbare Klasse zu unterrichten. Und das kann mich als

6 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Lehrerin doch „süchtig“ machen. Derzeit hat sich die Schülerzahl durch die kürzere Verweildauer in der Behelfsunterkunft reduziert, wir haben weniger Kurse und kleinere Gruppen. Was wir uns von der Politik wünschen ist, dass Sprachkurse für alle Flüchtlinge sofort einsetzen und dass Schüler und Schülerinnen zeitnah in Bildungseinrichtungen aufgenommen werden. Und viel mehr politische und staatliche Unterstützung der Ehrenamtlichen, die hier hauptamtliche

Im Stuttgarter Westen gibt es drei Unterkünfte mit derzeit insgesamt ca. 300 Flüchtlingen. Sie kommen vor allem aus Syrien, Eritrea, Afghanistan, Myanmar (Volksgruppe der muslimischen Rohingya), Nigeria und Südosteuropa. Anfang Februar 2014 hat sich im Stuttgarter Westen ein Freundeskreis für Flüchtlinge konstituiert. Zu den monatlichen Treffen kommen regelmäßig weit über 30 Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren wollen und es auch tun. Warum schloss ich mich Mitte 2014 diesem Freundeskreis an? Ich habe in meinen letzten Berufsjahren (neben dem Engagement in der GEW und als Personalrat) vor allem in der gymnasialen Oberstufe Politik unterrichtet. Seit vielen Jahren unterstütze ich auch die Arbeit von Pro Asyl und medico international. Von daher war ich mit der Flüchtlingsproblematik vertraut, beschäftigte mich ziemlich umfassend mit den Fluchtursachen und der europäischen bzw. bundesdeutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Aber fast ausschließlich theoretisch. Das wollte ich ändern. Bei meinem ersten Treffen im Freundeskreis habe ich mitbekommen, wie vielfältig und bunt das Angebot ist, das die Schülerinnen und Schüler, Studierenden, Menschen im Beruf und vor allem auch Ruheständler (in der Mehrzahl Frauen) den Flüchtlingen machen: Spiele und Theaterbesuche für Kinder, Sportangebote, Theaterspielen für junge Erwachsene, Familienpatenschaften, Anlage von Hochbeeten, Museumsbesuche usw. usw.. Ich selbst stellte mir vor, Flüchtlinge bei Behördengängen zu begleiten und bei der Arbeitssuche zu helfen. Gelandet bin ich, auch nach Rücksprache mit den hilfreichen SozialarbeiterInnen vor Ort, schließlich beim Deutschunterricht und bei der Hausaufgabenhilfe für Erwachsene, die noch überhaupt keinen Deutschunterricht haben oder die städtischen Deutschkurse besuchen und (noch) keine Berechtigung für Integrationskurse des Bundes besitzen. Von dieser Arbeit gäbe es viel zu berichten, von den Mühen der Arbeit in krass heterogenen Gruppen, von den Schwierigkeiten der Erträrer/innen mit den Umlauten ä, ö und ü, von der aufwändigen Suche nach geeignetem Unterrichtsmaterial, von eigenen Unzu-

Arbeit übernommen haben, weil es zu wenig Hauptamtliche in der Unterkunft gibt.

Bei uns ist jeden Tag alles anders, manchmal sind dreihundert Leute da, manchmal tausend. Manchmal Großfamilien, manchmal überwiegend junge Männer, ständig wechselnde Nationalitäten. Warum ich es mache? Ich habe das Gefühl sinnvolle Hilfe zu geben, eine andere Art der Entwicklungshilfe.

Cornelie Hüttche

länglichkeiten, von der oft wenig vorhandenen Verlässlichkeit und der verbreiteten Unpünktlichkeit. Ich könnte auch berichten von schönen Museumsbesuchen, vom zunehmenden Verständnis vieler Flüchtlinge aus verschiedenen Weltgegenden untereinander durch den gemeinsamen Deutschunterricht, von unseren gemeinsamen oft ziemlich kreativen Verständigungsbemühungen. Ich will aber noch ein anderes Problem ansprechen.

„In Dublin’s fair city, where the girls are so pretty ...“ dieser Song der Dubliners von der süßen Fischverkäuferin Molly Malone projizierte in den 70er Jahren in die Hirne vieler Leute meiner Generation ein Bild von Dublin als einer quicklebendigen und vor allem einer menschenfreundlichen Stadt. Für viele Flüchtlinge weckt der Name Dublin ganz andere Gefühle und Assoziationen: Unsicherheit, Angst vor einer Abschiebung (im Amtsdeutsch: Überstellung), im schlimmsten Fall durchgezogen in einer nächtlichen Polizeiaktion. Der rechtliche Hintergrund ist folgender: Die so genannte Dublin-Verordnung (aktuell: „Dublin III“ vom 26. Juni 2013) ist eine europarechtliche Verordnung, in der festgelegt ist, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Zuständig ist immer das europäische Land, das der Flüchtling zuerst betreten hat und wo er (v. a. per Fingerabdruck) registriert wurde. In „unserer“ Flüchtlingsunterkunft gibt es mehrere Dublin-Fälle, in der Mehrzahl Menschen aus Syrien. Sie bestiegen in Mersin (Türkei) einen ausgemusterten rostigen Frachter und landeten nach einer Irrfahrt auf dem Mittelmeer irgendwo an der italienischen Küste. Sie wurden von der Polizei gezwungen, ihre Fingerabdrücke abzugeben, wurden dann in Gefängniszellen eingesperrt und schließlich weggeschickt. Es gab keine Betreuung, kein Dach über dem Kopf und kein Essen. Es war kalt und sie hatten keine entsprechende Kleidung. Über Mailand kamen sie per Eisenbahn nach München und von dort ins Erstaufnahmelager nach Karlsruhe und schließlich nach Stuttgart. Italien war für sie der Horror, Stuttgart sei gut, sagen sie. Jetzt also, nachdem die zuständigen deutschen Behörden in der europä-

ischen Flüchtlingsdatei die Registrierung in Italien festgestellt hatten, kam der Abschiebungsbescheid. Die Betroffenen waren fassungslos und teilweise starr vor Angst.

Was kann man in solchen Fällen als Ehrenamtlicher tun? Zuerst einmal Ruhe bewahren und Ruhe ausstrahlen, dann sich mit den Sozialarbeitern beraten. Auf keinen Fall soll man sich als ehrenamtlich Tätiger und als juristischer Laie anmaßen, die Betroffenen rechtlich beraten zu können. Eines konnte ich ihnen aber sagen: Es gibt in Deutschland Richter, die die Zustände in Italien für unzumutbar und die Menschenrechte verletzend halten und deshalb Abschiebungen stoppen. Ich begleitete die Betroffenen zum Gespräch mit einem Anwalt, der als Spezialist in Sachen Asylrecht bekannt ist. Die Beratung hat ihnen Mut gemacht. Der Anwalt sagte, dass die zuständigen Behörden in Bezug auf Rückführungen von Flüchtlingen in die für ein Asylverfahren jeweils zuständigen Staaten völlig überlastet seien. Für die Syrer sei das

Risiko, abgeschoben zu werden, derzeit viel geringer als z.B. für Flüchtlinge aus Ländern südlich der Sahara. Derzeit seien die Syrer die letzten auf den Abschiebelisten. In unserem konkreten Fall eine ermutigende Auskunft. Die Fälle gehen jetzt mit hoffentlich ins Gewicht fallenden Widerspruchsgründen zum Gericht. Was aber tun wir, wenn die Widersprüche unserer Freunde vom Gericht abgewiesen werden? Da kommt eine Meldung in der heutigen (26. Juni) Ausgabe der Stuttgarter Zeitung gerade rechtzeitig: „Blockade verhindert Abschiebung. Fellbach Mehr als 100 Menschen stellen sich der Polizei in den Weg“. Nach Angabe mehrerer Beteiligten habe der Polizeichef am Ende der gescheiterten Abschiebeaktion gesagt: „Ihr habt die Schlacht gewonnen, aber den Krieg gewinnen wir.“

Da kann auf unseren Freundeskreis Stuttgart West noch einiges zukommen. Und vor allem viel Arbeit. Eine Arbeit, die wichtig ist und uns fordert.

Helmut Vogel

„World at War“

betitelt der Hochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) seinen Jahresbericht für 2014. Demnach sind im vergangenen Jahr 13,9 Mio. Menschen neu aus ihrer Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung vertrieben worden. Weltweit befinden sich über 51 Mio. Menschen auf der Flucht, 2/3 der Geflüchteten bleiben im eigenen Land, ein Drittel gelingt die Flucht in ein anderes Land. Fast die Hälfte der Geflüchteten sind Kinder und Jugendliche.

Die Türkei nimmt mit fast 1,6 Mio. Flüchtlingen Platz 1 auf der Liste der Aufnahmeländer ein. In Deutschland leben 113.000 Geduldete und 178.000 Asylbewerber (Stand Dez. 2014). Während in der Türkei auf 46 Einwohner ein Flüchtling zu versorgen ist, sind es in Deutschland sechsmal so viele Einwohner, nämlich 277.

Bezieht man die Flüchtlingszahlen auf das Bruttoinlandsprodukt der Türkei und Deutschlands beträgt der Faktor sogar 24.

Deutschland nimmt zwar in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge in der EU auf, bezogen auf die Einwohnerzahl aber nicht. Hier liegen andere Länder für das Jahr 2014 deutlich vorne - zum Beispiel Schweden mit etwa 7,8 Asyl-Erstanträgen pro 1000 Einwohnern, Ungarn mit 4,2 pro 1000 oder Malta, wo drei neue Asylbewerber auf 1000 Einwohner kommen. Aber auch Dänemark (2,5 pro 1000), Schweiz (2,7 pro 1000) und Norwegen (2,5 pro 1000) liegen vor Deutschland. Bei uns kommen rund 2,1 Asylbewerber auf 1000 Einwohner.

| Land | Flüchtlinge (2014) | Einwohner (2014) | BIP (2013) |
|--------------|--------------------|------------------|---------------|
| Deutschland* | 0,29 Mio. | 80,6 Mio. | 3 635 Mio. \$ |
| Türkei | 1,6 Mio. | 75 Mio. | 827 Mio. \$ |

* Ohne anerkannte Flüchtlinge, die Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt haben.

Berufsverbote gegen Lehrer und kritische Geister an Hochschulen

// „So neu sind sie nicht“ //

1725 warnt eine Schrift vor der gefährlichen Schulbildung: das Landvolk würde die Lasten und Beschwerden seines Standes doppelt fühlen. Die Schulmeister werden insbesondere von den Gutsherren als lästige, ja gefährliche Eindringlinge in die „Idylle eines harmonischen Landlebens“ bezeichnet und entsprechend behandelt.

1763 bestimmt das Generallandschulreglement, dass es Aufgabe der Lehrer ist, in den Schulen „geschicktere und bessere Untertanen bilden und erziehen zu können.“

1794 warnt das allgemeine Landrecht „vorlaute“ Lehrer und ermuntert „brave“ Lehrer, indem es an Gehorsam und Treue gegenüber dem Staat erinnert.

1822 erklärt der König als seinen „ernstlichen Willen“, dass die Lehrer, die an „demagogischen Bestrebungen“ teilnehmen, nicht eingestellt bzw. hinausgeworfen werden.

1837: Die „Göttinger Sieben“: Bezeichnung für 7 Professoren der Göttinger Universität, die gegen die willkürliche Beseitigung der 1833 im Königreich Hannover eingeführten Verfassung durch den im Juni auf den Thron gelangten König Ernst August Protest einlegten. Am 18. Nov. 1837 erklärten die Historiker Friedrich Christoph Dahlmann und Georg Gottfried Gervinus, die Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm, der Staatsrechtler Wilhelm Weber, der Sprachwissenschaftler Georg Heinrich Ewald und der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht den Staatsstreich des Königs von Hannover vom 1. Nov. als widerrechtlichen Akt und ihren auf die Verfassung geleisteten Eid als weiterhin gültig. Sie wurden daraufhin am 11. Dez. entlassen. Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm wurden wegen Mithilfe bei der Veröffentlichung der Protestaktion des Landes verwiesen. Die mutige Handlung der Professoren fand eine breite und leidenschaftliche Zustimmung in Deutschland, überall wurden Unterstützungskomitees gegründet

und Sympathieadressen abgefasst. Der Bundestag erklärte dagegen 1839 den Staatsstreich für rechts-gültig. (Sachwörterbuch der Geschichte Bd. 1, Berlin 1969, S. 724f.)

1847 Berufsverbot für [Adolph] Diesterweg wegen angeblicher demagogischer, sozialistisch-kommunistischer Tendenzen. (Heute sind unzählige Straßen und Schulen nach diesem Pädagogen benannt.)

1848 erfolgt die genaue Anweisung zum gerichtlichen und disziplinarischen Vorgehen gegen „verirrte“ Lehrer“ Drohungen und Überwachungen wechseln mit dem Dank an Opportunisten und Denunzianten für die geleistete Unterstützung im Kampf gegen „anarchistische“ Bestrebungen.

1849 tobt der [preußische] König über die Lehrer: „All das Elend, das in den verflochtenen Jahren über Preußen hereingebrochen ist, ist einzig ihre Schuld, die Schuld der Afterbildung, die sie als echte Weisheit verbreiten, mit der sie den Glauben und die Treue in dem Gemüt meiner Untertanen ausrotten und deren Herzen von mir abgewendet haben. Diese pfauenhaft aufgespitzte Scheinbildung habe ich schon als Kronprinz aus innerster Seele gehasst.“

1850 Verbot der Teilnahme von Lehrern in solchen Vereinen, die dem Staat „feindselig“ gegenüberstehen (wenige Jahre später -1854- Verbot der Beteiligung an der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung.)

1866 „In dem jüngsten Krieg hat der preußische Schulmeister den österreichischen Schulmeister besiegt.“ (1814 sprach ein französischer Abgeordneter einen ähnlichen Satz: „Der deutsche Lehrer hat uns geschlagen, am französischen ist es, unsere Revanche vorzubereiten.“) Der König spricht dem Volksschullehrerstand „für die ihm geleistete Hilfe“ öffentlich den Dank aus. (Übrigens kam fünf Jahre danach wiederum ein Dank an die Lehrer - von Bismarck.)

1878 spricht eine Verfügung der königlichen Regierung zu Düsseldorf (26.6.1878) für die Lehrer ein

„Verbot der Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen“ aus und weist darauf hin, „wie es, zumal bei der Tatsache, dass ein nicht unerheblicher Teil der Volksschulkinder aus sozialdemokratischen Familien stammt, durchaus notwendig ist, dass auch schon die Volksschulen an ihrem Teil dazu mitwirken, dass der Ausbreitung dieser verderblichen Tendenz gewehrt werde“.

1888 fordert der preußische Kultusminister eine Stärkung des religiösen Unterrichts (Religion als Mittel der Herrschaftssicherung), um „volkswirtschaftlichen Irrlehren“ begegnen zu können.

1890 am 18.10. erscheint ein Ministerialerlass, der die „Mitwirkung der Schule zur Verhinderung der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen“ behandelt. Außerdem wird eine Unterweisung in den „elementaren Grundsätzen der Volkswirtschaft“ fester Bestandteil in den Unterrichtsplänen der Lehrerseminare, damit „die Seminaristen befähigt werden, in ihrer späteren Amtstätigkeit, soweit dies durch die Schule möglich ist, vor dem Einfluss sozialdemokratischer Irrlehren und Entstellungen zu bewahren und über das zu belehren, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist“.

1899 entschied das Oberverwaltungsgericht: „Begünstigungen sozialdemokratischer Bestrebungen durch Beamte ist Verletzung der Amtspflicht“.

1918 erfolgt ein Schulbekenntnis eines Kreises revolutionärer Lehrer in Hamburg: „Wir sind mitschuldig ... Wir deutsche Lehrer wissen, in welche Not wir in unserem Volk kommen werden. Wir wollen sühnen.“

1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: „Beamte, die nach bisheriger Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden“ (§ 4).

1933 §2a (2) des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 20.7.1933: „Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen und sozialdemokratischen) Sinne betätigen.“

1950 am 9.9.: Beschluss der Bundesregierung, Angehörige der KPD sowie ihrer Unterorganisationen aus dem Dienst zu entlassen.

1972 Beschluss der Innenminister und der Ministerpräsidenten der Länder vom 27./28.1.

1973 Prof. Einstein beispielsweise erhielt heute in der BRD keinen Lehrstuhl

Diese Zusammenstellung erfolgte 1973 durch Johannes Meyer-Ingwersen (1940-2000), damals Akademischer Rat am Institut für Linguistik / Germanistik der Universität Stuttgart, Mitbegründer der dortigen GEW-Hochschulgruppe. Seine Berufung auf eine H4-Professur für Sprachwissenschaft war von der Gesamthochschule Kassel, Universität Oldenburg, Universität Bremen und Universität Gießen beschlossen und gefordert worden und wurde von den Wissenschaftsministern Ludwig von Friedeburg, Peter von Oertzen und Moritz Thape (alle SPD) aufgrund des „Radikalenerlasses“ abgelehnt. An der Universität Stuttgart wurde er auf Betreiben von Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU) entlassen und an der Pädagogischen Hochschule Esslingen nicht als Dozent eingestellt. „Meyer-Ingwersen sprach nicht nur die Sprachen aller Migrant/innen und ihrer Kinder, die im Laufe der Zeit um Hilfe baten (z. B. Arabisch, Serbokroatisch, Persisch, Türkisch, Kurdisch, Griechisch ...), sondern sein Forschungsinteresse begründete sich aus dem ehrlichen und unbestechlichen Interesse daran, die Chancen der ausländischen Kinder in Schule und Gesellschaft zu verbessern: er wollte Chancengleichheit nicht nur fordern, sondern auch etwas zur Realisierung beitragen.“ (Aus dem Nachruf der Universität Duisburg-Essen, an der er erst im Alter von 46 Jahren eine unbefristete Projektstelle erhielt.)

Die Landtagsfraktion der Grünen hat zugesagt, im Mai 2015 im Rahmen eines „Runden Tisches“ mit der Aufarbeitung des „Radikalenerlasses“ in Baden-Württemberg zu beginnen (siehe auch www.berufsverbote.de).

Lothar Letsche

(2007-2011 Vorsitzender der Fachgruppe Hochschule und Forschung)

Aufarbeitung der Berufsverbote

**// Radikalenerlass: Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28.01.1972 mit tragischen
Nachwirkungen //**

Betroffene kämpfen mit Hilfe der GEW über 40 Jahre danach um Entschuldigung, offizielle Rehabilitierung und ggf. materielle Entschädigung. Besonders betroffen war die 68er-Generation, aber noch im Jahr 2003 wurde der Realschullehrer Michael Cszakoczy mit Berufsverbot belegt, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Dieses Berufsverbot wurde erst 2007 durch den Verwaltungsgerichtshof aufgehoben. 11 000 Berufsverbotsverfahren wurden in diesen 40 Jahren geführt, 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst waren die Folge, Menschen, deren berufliche Existenz damit zerstört wurde und die vielfach heute in Altersarmut leben müssen. Ein Skandal, dem trotz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes heute noch immer nicht ganz abgeholfen wurde!

Erst in den 80er Jahren schafften die ersten SPD-geführten Bundesländer den Radikalenerlass und die damit verbundenen Regelungen ab. Kein Gericht hat in diesen Jahren den Betroffenen eine konkrete Verfehlung nachweisen können. Die Initiativegruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ in Baden-Württemberg hat seit 2012 den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, 1977 zunächst selbst Betroffener, aufgefordert, die Berufsverbotepraxis in Baden-Württemberg aufzuarbeiten. Die Initiativegruppe hat ihre Mitarbeit angeboten. Zunächst ohne Echo!

2014 startet die Gruppe eine Kampagne, die zur Zusage eines Runden Tisches durch die Regierungsfaktionen führte. Aus der Pressemitteilung der Initiativegruppe zu dem Runden Tisch am 16. Juni 2015 drucken wir nachfolgend einige Passagen ab:

„Wir begrüßen diesen Runden Tisch als ersten Schritt“, erklärte Klaus Lipps, Sprecher der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“. „Wir werden das uns Mögliche tun, um den Abgeordneten anhand der ganz konkreten Abläufe und Schicksale aufzuzeigen, wie hier Unrecht geschah.“ Die Bandbreite reichte damals von Drohungen über Ausbildungsverbote bis zum Herausholen

eines auf Lebenszeit verbeamteten, bewährten, beliebten Lehrers aus dem Unterricht, nachdem ihn eine Disziplinarkammer unter dem Vorsitz des ehemaligen SS-Mannes Helmut Fuchs in einem Geheimverfahren „aus dem Dienst entfernt „ hatte. „In keinem der uns bekannten Fälle konnte jemandem ein dienstlich oder strafrechtlich relevanter Verstoß vorgeworfen werden. Was die angeblichen „Verfassungsfeinde“ zu ihrer Einstellung zur Verfassung zu sagen hatten, hat nicht interessiert. Es ging einzig um ihre politischen Aktivitäten und Meinungsäußerungen, um Mitgliedschaften in legalen Organisationen. „Abschwören sollten wir, austreten – darum ging es“, erklärt Klaus Lipps. „Das muss auch in Baden-Württemberg endlich als Unrecht erkannt und es müssen Konsequenzen daraus gezogen werden.“

Die Gruppe fordert daher, dass der runde Tisch ein erster Schritt sein muss zu einer parlamentarischen Aufarbeitung wie sie 2012 in Bremen und 2014 in Niedersachsen erfolgte.

„Wir wollen jetzt endlich eine Entschuldigung, eine Rehabilitierung und in Einzelfällen, in denen die Betroffenen jetzt unverschuldet in die Altersarmut gehen, eine materielle Entschädigung - ähnlich den Vorschlägen, die der DGB Niedersachsen vorgelegt hat. Das erwarten wir noch in dieser Wahlperiode. Weder der Runde Tisch noch eine wissenschaftliche Aufarbeitung kann dazu die Alternative sein.“

AR

Besuch der GEW Senior/innen der Region Ostwürttemberg am „Oberen Kuhberg“ – dem ehemaligen Konzentrationslager im Fort der „Bundesfestung Ulm“

Von November 1933 bis Juli 1935 befand sich im Fort Oberer Kuhberg am Ulmer Stadtrand ein Konzentrationslager des Landes Württemberg. Hier waren mehr als 600 politische und weltanschauliche Gegner des NS-Regimes inhaftiert. Unter den ca. 80 frühen Konzentrationslagern ist dies das einzige in Süddeutschland, dessen Gebäude und Gelände weitgehend unverändert erhalten und zugänglich sind. Heute lässt sich an diesem Erinnerungs- und Lernort exemplarisch der Übergang von der ersten deutschen Demokratie – der Weimarer Republik – zur NS-Diktatur nachvollziehen. Er zeigt die Etablierung des Terrorapparats im Land und die Anfänge der nationalsozialistischen Konzentrationslager.

Andrea Schiele, Guide des Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Ulm, e.V. KZ-Gedenkstätte, begleitete die Exkursion und ließ die 30 Teilnehmer/innen am furchtbaren Geschehen in der Terrorzeit des Naziregimes teilhaben: Die Erniedrigung und Brechung des Individuums waren Ziele dieser „Vorläufereinrichtung“ der Vernichtungslager in Form der sog. Schutzhaftlager. Zwei Wochen nach den letzten relativ freien Reichstagswahlen errichtete das nationalsozialistische Regime im Zuge der Machtübernahme etwa ab dem 20. März 1933 überall in Deutschland Lager zur Ausschaltung seiner politischen und weltanschaulichen Gegner. Die juristische Grundlage war der nach dem „Reichstagsbrand“ vom 27. Februar 1933 ausgerufenen Staatsnotstand und die am Tag danach erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Damit wurden einerseits wesentliche Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt; und andererseits wurde das Prinzip der „Schutzhaft

für Staatsfeinde“, außerhalb des staatlichen Justizsystems, in Gang gesetzt. Diese Lager waren der Anfang des nationalsozialistischen KZ-Systems, das an Orten wie Dachau, Buchenwald, Mauthausen oder auch im „Stammlager“ von Auschwitz endete. Nach dem schwierigen Durchgang in den Kasematten, der menschenunwürdigen Unterbringung der ohne jede Rechtsgrundlage „Weggesperrten“ – Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, führte uns der Guide durch die Außenanlagen an der Einzelhaftzelle Alfred Haag vorbei zur Haftzelle Kurt Schumacher. Dort erinnerte Frau A. Schiele an deren Leidenszeit in der „Schutzhaft“, die ihre Fortsetzung in Konzentrationslagern und in der „Bewährungskompanie“ in Russland fand.

Die Dauerausstellung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ im Erdgeschoss des Hauptgebäudes im Fort Oberer Kuhberg, spannt den inhaltlichen Bogen in acht Themeninseln von der NS-Machtübernahme in Ulm, der Entnazifizierung, zur Etablierung der Gedenkstätte in den 1980er Jahre und den Umgang mit der Erinnerungskultur. Da ragt diese Dauerausstellung besonders hervor.

Die Gedenkstätte (DZOK) wurde seit 1948 von den überlebenden württembergischen KZ-Häftlingen als Idee entwickelt und in den 70er-Jahren realisiert. Tief beeindruckt und betroffen bedankten sich die GEW-Ruheständler/innen bei Andrea Schiele für ihre Informationen und ihren Einsatz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Gerhard Fuchsloch

Weitere Quellen: www.dzko-ulm.de



Fort Oberer Kuhberg

Personalisierte Medizin

// Hoffnung für Schwerkranke oder Geldquelle der Pharmaindustrie? //

Menschen mit schweren Erkrankungen und deren Angehörige setzen ihre Hoffnung darauf. Die Forschung der Pharmaindustrie wird weltweit mit horrenden Summen staatlich unterstützt. Krebserkrankungen, Diabetes, neurodegenerative, psychiatrische Erkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sollen nun besser therapiert werden können, in ihrem Verlauf verzögert oder gar gänzlich verhindert werden.

Auch bei den Mannheimer GEW-Mitgliedern im Ruhestand stieß dieses Thema auf Interesse. Ein Vortrag auf dem Mannheimer Werksgelände von Roche Diagnostics verschaffte einen ersten Eindruck von diesen medizinischen Möglichkeiten. Dort wurden die Forschungs- und Entwicklungskosten in dieser Sparte in den letzten Jahren verdoppelt.

Worum geht es?

Erkrankungswahrscheinlichkeiten sollen möglichst früh festgestellt werden, Erkrankungen dann durch eine gezielte Prävention verhindert werden. Ererbte genetische Eigenschaften oder erkranktes Gewebe liefern Informationen, die Aufschluss darüber geben, welches Arzneimittel für den jeweiligen Patienten geeignet ist und wie es zur Vermeidung von Nebenwirkungen dosiert werden muss. Eine maßgeschneiderte Pharmakotherapie also, die sowohl die physiologische Konstitution und die genetische Ausstattung als auch die geschlechtsspezifischen Wirkeigenschaften berücksichtigen kann. Es geht um individuelle biologische Merkmale, sogenannte Biomarker. Durch den effektiveren Einsatz der Therapeutika werden erhebliche Kosten eingespart, berichtet die Referentin von Roche Diagnostics in ihrem Vortrag. Wenn man sich die schlimmen Begleiterscheinungen einer Chemotherapie vor Augen hält, freut man sich darüber zu hören, dass die personalisierte Medizin bei Brustkrebs zu einem um 34 Prozent reduzierten Einsatz von Chemotherapie bei den betroffenen Frauen geführt hat – mit entsprechend geringeren Nebenwirkungen. Eine win-win-Situation also?

Die Krankenkassen sparen, den Patient/innen geht es besser? So einfach scheint allerdings die Situation nicht zu sein. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung merkt kritisch an, dass bisher nur die biologische Deutung im Mittelpunkt steht. Die

personale Seite, sogenannte Sozio- und Psychomarker sowie die Reflexion und Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten spielen in der Forschung keine Rolle. Und werden offenbar auch nicht bei den Handlungsanweisungen an Ärzte und Pflegepersonal berücksichtigt. Ein fürsorglicher Arzt hat die soziale und psychische Situation seiner Patient/innen im Auge, hochkomplexe Therapien lassen da aber wenig Spielraum. Ein weiteres Problem in der stationären und ambulanten Behandlung und der Pflege ist die Aus- und Weiterbildung der ausführenden Personen. Zu wenig wurde hier bisher investiert, sagen kritische Stimmen.

Der deutsche Ethikrat hat sich auf einer Tagung mit dem Thema „Personalisierte Medizin“ auseinandergesetzt und stellt dazu wichtige Fragen, deren Beantwortung für eine an den Interessen der Menschen orientierten Medizin von großer Bedeutung sein wird:

- Werden Patient/innen durch innovative Arzneimittel nutzlose Therapien mit belastenden Nebenwirkungen erspart – und der Solidargemeinschaft unnötige Kosten - oder werden sie möglicherweise zukünftig von einer Therapie ausgeschlossen, die nur mit geringer Wahrscheinlichkeit für nützlich gehalten wird?
- Wie kann das Verfahren der Kostenübernahme transparenter und gerechter geregelt werden?
- Wie wirkt sich eine solche Art von Diagnose und Therapie auf das Arzt/Patienten-Verhältnis aus? Reicht es zukünftig eine Speichelprobe einem Internetanbieter zu schicken?

Diese und weitere Fragen sind nachzulesen in der Tagungsdokumentation des Deutschen Ethikrates von 2012, die man im Internet finden kann.

Es bleibt die Frage – kann personalisierte Medizin tatsächlich den betroffenen Patient/innen helfen oder ist das Thema lediglich eine Geldquelle für die Pharmaindustrie und eine Methode, medizinische Möglichkeiten mit finanziellen Gegebenheiten in „Einklang“ zu bringen, soziale Selektion zu betreiben?

Hildegard Klenk, MiR Mannheim

Resilienz – Modewort oder Kernbegriff seelischer Widerstandsfähigkeit in jeglichen Altersgruppen?

Eines Tages kam einer meiner Söhne mit ernster Miene in mein Arbeitszimmer, um mich zu fragen: „Mama, wie lange arbeitest du eigentlich noch?“ Als auf meine Gegenfrage: „Seid ihr schwanger?“ ein seliges Lächeln verriet, dass ich ins Schwarze getroffen hatte, wurde mir schlagartig klar, dass gleichgültig in welcher Lebensphase ich mich befinden würde, immer irgendwelche Erwartungen an mich gestellt werden würden.

Wollte ich das? Ja und nein: Einerseits freute ich mich, fest in die Kinderplanung als beständiger Faktor eingeplant zu sein, andererseits wollte ich seit einiger Zeit immer bewusster eigene Entscheidungen treffen und selbstbestimmt mein Leben führen.

In dieser Phase begegnete ich zum ersten Mal bewusst dem Begriff „Resilienz“ (lat. resilire - zurückspringen, abprallen wird zu Selbstbewusstsein und seelische Widerstandsfähigkeit).

Ich las mich ein, verglich mit eigenen Erfahrungen und stellte die hohe Bedeutung dieses Begriffes für mich fest. Zum damaligen Zeitpunkt lernte ich diesen Begriff als Blickwinkel für vieles, was mir als Person wichtig ist, wahrzunehmen:

Es ging und geht um...

- Selbstbewusstsein, die bewusste Auseinandersetzung mit meinen Gefühlen, Gedanken, meinem Körper und meinem Verstand
- Achtsamkeit statt „Achtlosigkeit“ für mich und im Umgang mit anderen Menschen
- Handlung und Entscheidungsfähigkeit im Hier und Jetzt und bewusste Planung meiner Schritte in naher Zukunft
- Erholungsfähigkeit durch Besinnung auf meine Kompetenzen, Fähigkeiten und vor allem Ressourcen

- Seelische Widerstandsfähigkeit in schweren und schwierigen Lebenssituationen
- Realistischen Optimismus und Zuversicht in die eigenen Fähigkeiten
- Kontakt- und Netzwerkpflege ebenso wie die Wahrnehmung meiner und anderer Grenzen
- Die Notwendigkeit den eigenen Lebensrucksack zu entlasten und meinen Frieden zu machen mit den Dingen und Personen, die ich als für mich schwierig oder gar krisenhaft empfinde

Seit vielen Jahren arbeite ich als Fortbildnerin und als Coach mit sehr unterschiedlichen Berufs- und Altersgruppen. Immer wieder fällt mir auf, wie schnell wir alle, einmal in Schwierigkeiten gekommen, aufgeben, ohne dass dies zwingend notwendig wäre.

Gleichzeitig ist mir aus dem Werk von Ruth Cohn im Gedächtnis:

**Ich bin nicht allmächtig – ich kann nicht alles!
Ich bin nicht ohnmächtig – ich kann nicht nichts
Ich bin teilmächtig – ich kann, was ich kann.**

Ruth Cohn TZI

Die Resilienz* ermutigt dazu, in diesem Sinne und voller Zuversicht zu prüfen, was ich mit Blick auf meine Ressourcen schon alles erfolgreich durchlebt habe und mit dieser Energie auch derzeitige und zu erwartende Schwierigkeiten anzugehen.

Bärbel Rademacher

* Bärbel Rademacher bietet dazu einen Workshop bei den Eugen-Rombach-Tagen an!

Der Fachbereich Seniorenpolitik sucht Mitstreiter/innen!

Im März 2016 finden die turnusmäßigen Wahlen auf der Landesebene der GEW statt. In der Landesdelegiertenversammlung wird die Leitung des Fachbereichs Seniorenpolitik neu gewählt. Barbara Haas hat ihre Bereitschaft erklärt, dafür zu kandidieren. Nach erfolgter Wahl wird ein Arbeitsgremium gebildet, das maximal aus 9 Personen bestehen darf. Dieses wird dann im Landesvorstand der GEW bestätigt.

Die Arbeit des Fachbereichs besteht darin, aktuelle Themen der Seniorenpolitik aufzugreifen und zu bearbeiten wie z.B. dem Landesvorstand derzeit ein Papier zum bürgerlichen Engagement vorliegt. Als nächstes Thema will der jetzige Fachbereich den Ge-

nerationendialog aufgreifen. Eine wichtige Rolle in der Arbeit spielt die Zusammenarbeit mit der Personengruppe der Mitglieder im Ruhestand auf Landesebene und mit dem Bundesseniorenausschuss. Und last not least liegt die Redaktion des Aktiven Ruhestands in den Händen des Fachbereichs.

Unser Anliegen ist es nun eine arbeitsfähige Gruppe zusammenzustellen. Wer von unseren Leserinnen und Lesern Lust hat, im Fachbereich oder in der Redaktion mitzuarbeiten, möge sich bitte melden - unter barbara.haas@gew-bw.de

AR

AR-Redaktion in eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,
zum GEW-Senior/innentag erschien als Extraausgabe der E&W der „Dialog Extra“, geschrieben und zusammengestellt durch „Barbara Haas, freie Journalistin“.

Gefreut haben mich die vielen positiven Rückmeldungen von Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg. Allerdings musste ich immer wieder klarstellen, dass die Journalistin Barbara Haas nicht die Redakteurin des Aktiven Ruhestands ist. Ja, es gibt nämlich zwei Personen desselben Namens, die für den Bereich der Mitglieder in der Nachberufszeit schreiben. Die freie Journalistin Barbara Haas seht ihr hier im Bild, mein Konterfei findet sich immer ganz vorne im „Aktiven Ruhestand“. Ich bin keine Journalistin, sondern schreibe so wie ich kann!

Ich habe im Übrigen meiner Namenskollegin das Lob der Leser/innen weitergegeben!

Barbara Haas, AR



Barbara M. Haas

Einladung zum Seminar in Kochel am See an alle interessierten Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand

// Wie in den letzten Jahren lädt die GEW wieder zu einem fünftägigen Seminar in Kochel am See/ Bayern ein. Es findet statt vom Montag, den 19. Oktober (Anreise bis 14.30 Uhr) bis zum Freitag, den 23. Oktober 2015 (Abreise ca. 13.30 Uhr). Tagungsort ist die Georg-von-Vollmar-Akademie/ Schloss Aspenstein in Kochel am See/ Bayern //

Das Thema lautet in diesem Jahr:

Ökologie und Ökonomie – ein Gegensatz? Theorie und Praxis an Beispielen aus dem Bayerischen Oberland

Referent:

Dr. Helmut Klein, ein erfahrener Ökologe

Umweltschutz ist eines der zentralen Themen, wie Leben auf unserem Planeten erhalten werden kann. In diesem Seminar sollen Fragen z. B. zum Gewässerschutz und Waldschutz, zu herkömmlichen und nachhaltigen landwirtschaftlichen Nutzungsformen und zur Landschaftserhaltung behandelt werden. Wofür und warum entscheiden sich die Gewerbetreibenden dort für die eine oder andere Form und mit welchen Konsequenzen müssen sie rechnen bzw. welche müssen sie tragen. Auf mehreren Exkursionen wird, was theoretisch erarbeitet wurde, in der Praxis anschaulich und erfahrbar werden.

Kosten: Die GEW trägt für GEW-Mitglieder die Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Eine Eigenbe-

teiligung von insgesamt 60,00 Euro pro Person wird erhoben. Zusätzlich kommen für ein Einzelzimmer einmalig 80,00 Euro hinzu. Fahrkosten werden nicht erstattet. Partnerinnen oder Partner, die keine GEW-Mitglieder sind, können gern als Selbstzahler teilnehmen.

Anmeldung vom 7. bis zum 21. September 2015: Wir bitten um eine Anmeldung über die Internetseite: <http://www.gew-bw.de/eventShow/oekologie-und-oekonomie-ein-gegen-satz> unter Angabe von Namen, Vornamen, Adresse (Straße, PLZ/ Ort) E-Mail oder Tel./Fax dem Wunsch nach vegetarischem Essen, nach einem Einzelzimmer oder Doppelzimmer (mit wem) und der Mitteilung, ob die eigenen Kontaktdaten an die anderen Seminarteilnehmer/innen (nicht an Dritte) wegen der Bildung von Fahrgemeinschaften weitergegeben werden dürfen. In Ausnahmefällen ist auch eine telefonische Anmeldung möglich unter 0711 210 30 26.

Ute Eith (NB)

Margarete Frey (SW)

Isabell Kuchta-Papp (SB)

Steuererklärung

// Eine Steuererklärung für Pensionär/innen und Rentner/innen macht Sinn! //

Pensionen werden schon immer, Renten seit einigen Jahren zunehmend besteuert. Dabei schmilzt für neu in den Ruhestand tretende Personen der Versorgungsfreibetrag bei der Pension von Jahr zu Jahr um 1,6 Prozent ab, während die Besteuerung bei neuen Rentenempfänger /innen von Jahr zu Jahr um 2 Prozent ansteigt. Werbungskosten können auch im Ruhestand geltend gemacht werden: GEW-Mitgliedsbeiträge, Steuerberatungskosten, Schuldzinsen für einen Kredit, Kosten bei Streit um das Ruhegehalt, die Rente, die Beihilfe u.a. Auch Vorsorgeaufwendungen, Spenden und Beiträge an Parteien, haushaltsnahe Dienstleistungen und außergewöhnliche Belastungen können weiterhin abgesetzt werden.

Genauere Informationen und Beispiele sowie Musterbriefe für Widersprüche gegenüber dem Finanzamt vermittelt die völlig neu überarbeitete **Broschüre „Steuererklärung“** von Kurt Wiedemann:

bestellservice@spv-s.de,

Tel. 0711 210 307 0,

Fax: 0711 210 307 99

www.spv-s.de

Mitgliederpreis 6 € + Versandkostenpauschale 3 €

Stand: November 2014

<http://spv-s.de/shop/buecher/weitere-buecher.html>



www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt